

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Druckvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 50 B

BERLIN • Sonntag, den 28. Februar 1932

1. JAHRGANG

Reichstag gegen Gröner.

Wehrerlaß aufgehoben — Mißtrauensantrag gegen Brüning abgelehnt.

Aus der Debatte.

Mörder raus und rein in die NSDAP.

h Berlin, 26. Februar.

Das Bemerkenswerteste waren die Feststellungen WEBERS (Staatspartei) über den Mordterror der NS. Er teilte z. B. folgenden, von einem deutschen Gericht festgestellten Tatbestand mit:

Im Jahre 1920 ist ein armseliger Landarbeiter, dem fälschlicherweise unterlegt war, er beabsichtige, einen Waffentransport an die preußische Polizei zu verraten, hingerichtet worden, indem ihm der Täter die Pistole ins Gesicht preßte und zweimal losdrückte. Der Täter wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt; die Nationalsozialistische Partei hat den Täter nach dem Stettiner Urteil am 31. Mai 1927 nach der Bekanntgabe im „Völkischen Beobachter“ aus der Partei ausgeschlossen. Der Täter ist heute wieder Mitglied der Nationalsozialistischen Partei und Reichstagsfraktion. (HEINES? Red.)

Wahltermine festgesetzt.

13. März und 10. April.

h Berlin, 26. Februar.

Im Reichstag wurde am Freitag dem Vorschlag des Reichsinnenministers zugestimmt, als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl den 13. März und den 10. April festzusetzen.

Krach in der DVP.

Von Kardorff und Curtius ausgeschlossen.

h Berlin, 26. Februar.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Fraktion der DVP nahm in einer kurzen Besprechung

davon Kenntnis, daß die Abgeordneten CURTIUS und v. KAR-DORFF an der Abstimmung über den volksparteilichen Mißtrauensantrag nicht teilgenommen haben und dadurch infolge des Fraktionsbeschlusses automatisch aus der Fraktion ausgeschlossen sind.

a Karlsruhe, 27. Februar.

An Reichsminister a. D. CURTIUS wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Wahlkreis steht nach wie vor treu hinter Ihnen und billigt Ihre gestrige Haltung bei der Abstimmung.“

gez. STEINEL, Dr. MATTES, WOLF“.

Ergebnis der Abstimmung siehe 2. Seite.

Entlassungen im Ruhrbergbau.

Ueber 1000 auf die Straße.

r Bochum, 26. Februar.

Wegen Absatzmangels entläßt die KRUPPSche Zechenverwaltung auf der Zeche „Hannibal“ im März 500 Arbeiter des Unter- und Uebertagebetriebes. Ein entsprechender Antrag ist beim Demobilisierungskommissar eingereicht.

r Dortmund, 26. Februar.

Die der Deutschen Erdöl A. G. gehörende Gewerkschaft „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen zeigt wegen Absatzmangels Betriebsbeschränkungen auf ihren Schachtanlagen 2, 6 und 9 an. Zur Entlassung kommen 550 Arbeiter und Angestellte.

Die Lage in China.

Die Verfassung der mandschurischen Republik.

c Tokio, 26. Februar.

Die Telegraphen-Agentur Schimbun-Rengo teilt mit, daß am Donnerstag die Verfassung der mandschurischen Republik veröffentlicht worden ist. Die Verfassung sehe ein Ober- und ein Unterhaus und einen geheimen Rat vor. Die Verfassung habe sehr viel Ähnlichkeit mit der Verfassung des japanischen Kaiserreichs.

Die Mukdener Regierung hat beschlossen, eine Nationalversammlung auf den 18. Juni in Tschantschun einzuberufen, um eine ständige Regierung zu wählen.

Proteste.

r Mukden, 26. Februar.

Der Chef der japanischen Armee in Mukden, General HONJO erklärte, daß das japanische Oberkommando von der Drohung der chinesischen Zentralregierung in Nanking Kenntnis erhalten habe, eine militärische Expedition gegen den neu gebildeten mandschurisch-mongolischen Staat zu entsenden. HONJO wies darauf hin, daß die chinesischen Truppen auf den Widerstand der Japaner stoßen würden, falls sie ihre Absichten ausführen sollten.

Japan rüstet weiter.

c Tokio, 26. Februar.

Das japanische Kabinett bewilligte am Freitag die Auflegung einer neuen Regierungsanleihe durch die Banken von Japan und die Depositen-Abteilung der japanischen Regierung in Höhe von 20 Millionen Yen (etwa 30 Millionen Mark). Der Anleihevertrag soll für die militärischen Ausgaben in Schanghai bis Ende März verwendet werden. Diese Summe kommt zu den bereits am 8. Februar für den Schanghaier Feldzug bewilligten 40 Millionen Yen hinzu. Damit werden die japanischen Gesamtausgaben für die militärischen Unternehmungen in der Mandschurei und in China auf 90 Millionen Yen erhöht.

Am Freitag abend tritt der geheime Rat zusammen, um den Entwurf der Regierung über die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Hebung der Lage in der Mandschurei zu besprechen. Die japanische Regierung beabsichtigt, eine weitere Anleihe zur Industrialisierung der Mandschurei auszugeben.

b Schanghai, 27. Februar.

Am Spätnachmittag morgen um 5 Uhr eröffneten die Japaner ein großes Artilleriebombardement auf die chinesischen Stel-

lungen in Tschapei, das bis 8 Uhr fortgesetzt wurde. Darauf trat an der Tschapei-Front vollständige Waffenruhe ein, während bei Kiangwan schwere Geschütze die Beschießung der chinesischen Stellungen aufnahmen, ohne daß jedoch irgend ein Infanterievorstoß erfolgte.

b Schanghai, 26. Februar.

Die Konsuln Englands, Frankreichs und Italiens haben bei dem chinesischen Oberkommando Protest eingelegt wegen der Beschießung der internationalen Niederlassung.

Amtliche russische Anfrage.

Nachdem die Meldungen über japanische Truppentransporte nach der russisch-mandschurischen Grenze und die angebliche Unterstützung weißgardistischer Umtriebe in der Mandschurei durch die Japaner bereits zu einer Anfrage von KARACHAN bei dem japanischen Botschafter in Moskau geführt hatte, hat nunmehr die russische Regierung die von KARACHAN gestellten Fragen in einer amtlichen Mitteilung zusammengefaßt und dem japanischen Botschafter ersucht, sie sofort nach Tokio weiterzugeben.

j Mukden, 27. Februar.

Der Chef der japanischen Armee in Mukden, HONJO, hat das japanische Kommando in Charbin angewiesen, für die Beförderung der japanischen Truppen in Richtung Hailar-Tsitsikar 45 Wagen und drei Lokomotiven anzufordern, da dort die Lage nicht mehr sicher sei. Die Verwaltung der chinesischen Ostbahn unter Führung des sowjetrussischen Ingenieurs Rudy hat die Hergabe des rollenden Materials den Japanern verweigert, da sie keinen Beschluß vom Aufsichtsrat habe. Die Japaner dringen auf ihre Forderung und erklären, daß sie keine Zeit hätten, den Beschluß des Aufsichtsrates abzuwarten.

USA lehnt Teilnahme an Genfer Vollversammlung ab.

m London, 27. Februar.

Die amerikanische Regierung hat, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, den führenden europäischen Mächten zu verstehen gegeben, daß sie sich an etwaigen Völkerbundssanktionen gegen Japan nicht beteiligen und sich deshalb auch nicht bei der Vollversammlung des Völkerbundes vertreten lassen werde. Unter diesen Umständen seien die Mächte darin einig, unter keinen Umständen die Aufwerfung der Frage von Sanktionen zuzulassen.

AUS DEM INHALT:

Schweres Sprengstoff-Unglück.
Zu den irischen Wahlen.
Hindenburg-Parole der SPD.
Chinas „Anti-Japan-Komplex“.
Agrarkrise in Argentinien.
Feingefühl. Aus einem Kinderheim.
Wer keine Wahl hat ...
Der nützliche Koloradokäfer.

Primat der Außenpolitik.

Von Herbert Reinemann.

BRÜNING hat den „Primat der Außenpolitik“, d. h. den Vorrang der Außenpolitik über die Innenpolitik, proklamiert. Er hat gesagt, daß er seine Politik orientiert an den Fragen der Reparationen und des deutschen Auslandskredits. Ist diese Orientierung richtig?

Wir haben im „Funken“ gerade diese Seite des Problems untersucht. Unser Wirtschaftsprogramm hat sich als durchführbar erwiesen, trotz der Abhängigkeit Deutschlands von notwendiger Einfuhr von internationalen politischen Schulden und von privaten Auslandsschulden.

Damit sollte aber keineswegs die innerpolitische Aufgabe in den Hintergrund treten, die sich im eigenen Land bietenden Möglichkeiten zu durchgreifenden Reformen anzupacken und die Initiative sogar in erster Linie auf diese inneren Reformen zu lenken.

Wenn wir aber nicht zur Ohnmacht verurteilt sind, wenn wir die von uns vorgeschlagene Politik in Deutschland in Gang bringen können, dann bleibt nur noch die Frage offen:

Was hält uns ab, zu Taten vorzudringen?

Ueber den ADGB-Kongreß vom September 1931 lasen wir damals in der „Frankfurter Zeitung“: „Im ganzen steht man (d. h. die Teilnehmer) einer disziplinierten Fassungslosigkeit gegenüber. Einer der Redner gibt ihr beredten Ausdruck: „Wir wissen ja nicht mehr, gegen wen wir kämpfen. Wir haben ja einen unsichtbaren Gegner vor uns.“

Wer ist dieser „unsichtbare Gegner“? Ist es nicht der Kapitalismus? Wollen aber nicht auch die Kapitalisten die Behebung der Krise? Wären sie nicht an und für sich ganz froh, wenn die Arbeiter mehr Waren nachfragen könnten?

Die Schwierigkeit wird deutlicher, wenn wir fragen, wie wir den nächsten Schritt (die Behebung der Krise) durchführen wollen.

Dazu sind Bankerotte erforderlich, Bankerotte vor allem auf seiten der Großgrundbesitzer und Großindustriellen. Daß diese beiden Gruppen vor einer Lösung der Krise zurückschrecken, ist verständlich — denn sie wollen natürlich vermeiden, das ganze Gefüge der kapitalistischen Wirtschaft zu erschüttern. Außerdem gehört Mut dazu, diese Eingriffe vorzunehmen.

Im Jahre 1923 allerdings brachte SCHACHT noch den Mut auf, die zur Stabilisierung der Währung erforderliche Kur vorzunehmen.

Freilich: für SCHACHT war damals die Situation in mancher Hinsicht leichter. Er konnte die Schuld an der Inflation auf einen Sündenbock abschieben: auf die Ruhrbesetzung, auf den Versailler Vertrag, auf den Krieg. Heute, wo seit dem vorigen Juli kein Land mehr seine internationalen politischen Schulden bezahlt und die Krise sich trotzdem verschärft, hält diese Ausrede nicht ernsthaft stand.

Die Beschuldigung äußerer Umstände war stets die Methode der Despoten, die Aufmerksamkeit abzulenken von der Notwendigkeit innerer Reformen.

Jedenfalls bedeutet die Methode der deutschen Regierung: die Aufgabe der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits einen Versuch, von der viel wichtigeren Aufgabe im Inland abzulenken, die im Abbau der Agrarzölle und Kartellpreise besteht. Das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung, z. B., ist völlig orientiert an der Außenpolitik statt an der Innenpolitik. Zur Abtragung deutscher Auslandsschulden stellt die Reichsbank Devisen zur Verfügung ohne Untersuchung der Frage, ob der oder jener aus Ausland verschuldete deutsche Unternehmer eigentlich noch zahlungsfähig ist.

Daß die deutschen Auslandsschulden nicht mehr wertlos sind, wissen die Auslandsgläubiger längst. Das zeigen die Kurse deutscher Auslandsanleihen und anderes mehr.

Aber die deutschen „Wirtschaftsführer“ sind an der Aufrechterhaltung des Scheins interessiert, als ob der deutsche Kredit dem Ausland gegenüber unerschüttert sei. Würde dieser Schein auch nur an einer Stelle reißen, infolge wesentlicher Zahlungseinstellungen gegenüber dem Ausland, so würde die Brüchigkeit des ganzen Systems auch dem Inland deutlich werden. Solange die Kapitalisten den Schein des Ansehens im Ausland vortäuschen, können sie hoffen, daß die Allgemeinheit sich nicht zur Forderung tiefgreifender Reformen aufrafft.

Genau so war es in der Inflationszeit. Anstatt durch Steuerreform den Druck von Papiergeld zur Deckung der Staatsausgaben überflüssig zu machen, suchte die Reichsbank die äußere Wirkung des Druckes von Papiergeld zu besitzigen; die Entwertung der Mark im Ausland, das Sinken des sogenannten Wechselkurses. Sie versuchte diesen Kurs zu halten durch Ankauf von Papiermark im Ausland gegen Verkauf von Gold. Solange sich ein auch nur einigermaßen bezifferbarer Wechselkurs halten ließ, solange ließ sich die öffentliche Meinung im Zaum halten; und die Inflation nahm ihren irrsinnigen Gang.

Wie lange wird man es diesmal treiben? Jede Notverordnung, jede neue Subvention dient heute wieder nur dazu, die bisherige Wirtschaftspolitik aufrecht zu erhalten. Wer die Ausweise der Reichsbank verfolgt — woran die meisten nicht gewöhnt sind —, kann sich ausrechnen, daß wir bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung im kommenden Herbst den gleichen Zustand bei der Reichsbank haben werden wie im Herbst 1923.

Heute muß man mehr denken, um den Ernst der Lage zu erfassen. Das war damals nicht nötig. 1923 konnte man die Rutschbahn, auf der die Wirtschaft abwärts glitt, anschaulich verfolgen.

Die Preise stiegen; es wurden immer mehr Nullen angehängt, bis sich alles endlich als eine ganz große Null erwies. Heute ist das, was vorgeht, wie jener Redner auf dem ADGB-Kongreß sagte, für den Laien „unsichtbar“. Die Reichsbankausweise von 1932 beachtet man nicht so wie die Preise von 1923. Wie das Paragraphen-Gewirr der Notverordnungen die Massenkaukraft schmälert, ist nicht leicht fälschlich. Das Sinken der Umsatzziffern bei den Unternehmungen verfolgen meist nur Geschäftsleute und Volkswirtschaftler. Die Aushöhlung der Kreditwürdigkeit der verschiedenen Schuldner läßt sich nicht offensichtlich feststellen. Bei der jetzigen Banken-Sanierung sind nur einige Gesamtbeträge der eingetretenen Verluste bekannt geworden.

Wer versteigt sich bis zu der Einsicht, daß hier in Wahrheit nur noch einmal Ballast über Bord geworfen wird, um das schlingende Schiff nochmals gerade über Wasser zu halten? Die Bilanz der Vereinigten Stahlwerke hat die allgemeine Aufmerksamkeit kaum erregt, obwohl sie in Wahrheit geradezu ein Schlaglicht darauf wirft, wie es mit den großen Kunden der deutschen Banken steht und darum auch mit dem zu erwartenden Erfolg der jetzigen Bankensanierung.

Heute breitet sich die Aushöhlung der Wirtschaft auf eine weit schlechendere Weise aus als 1923; und dies ist viel gefährlicher.

Dies alles muß man bedenken, um BRÜNINGS Parole über „den Primat der Außenpolitik“ zu würdigen. Er stößt in das gleiche Horn wie HITLER und die Schwerindustrie. So sagte THYSEN in der „Arbeitgeberzeitung“: „ADOLF HITLER hat hundertmal recht, wenn er schreibt: Die Freiheit nach außen gab das tägliche Brot im Innern.“

Genau umgekehrt verhält es sich. Durch Abbau der Agrarzölle und Kartellpreise würden wir die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Kapitalisten lockern, sowohl in bezug auf die Einfuhr wie auf die internationalen politischen und privaten Schulden. Hier liegt die Aufgabe, das Programm für den geplanten Krisen-Kongreß der Gewerkschaften.

Freilich ist hierfür erforderlich, daß die Gewerkschaften eine eigene innere Krise überwinden. Sie müssen endlich dazu übergehen, jenen „unsichtbaren Gegner“, die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge zu durchdenken. Gerade bei der Erörterung der Finanzierungsfrage erkennt man erst die Risiken, die heute bei einer Politik zur Behebung der Krise in Kauf genommen werden müssen. Es gibt Krisen in den Gewerkschaften, die wie NAPHTALI diese Schwierigkeiten mehr oder weniger in Betracht ziehen; es gibt andere, die

wie TARNOW glauben, diesen Schwierigkeiten durch Kreditausweitung und also inflatorische Maßnahmen aus dem Weg gehen zu können. Hier ist nicht etwa eine Mehrheitsabstimmung erforderlich; sondern eine sorgfältige und unvoreingenommene Auseinandersetzung im Licht der Wissenschaft ist dringend geboten.

Der „unsichtbare Gegner“ steht nicht nur außerhalb der Gewerkschaften, in Gestalt verwickelter wirtschaftlicher Verhältnisse und des wirtschaftspolitischen Willens der Kapitalisten. Er wohnt im Grunde genommen auch in der Brust der Gewerkschaftsführer selber. Es ist die Scheu vor durchgreifenden Aktionen. Man vergißt sie gern, indem man den sich heute ausdehnenden staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft als Vorbereitung des Sozialismus ansieht, wovon in Wahrheit keine Rede sein kann.

Daß die Unternehmer vor einem Kurs zurückweichen, der den Bankrott ihrer eigenen Betriebe oder von Betrieben eines Geschäftsfreundes in Kauf nimmt, — das ist verständlich. Aber die Gewerkschaften brauchen im solidarischen Interesse der Arbeiter vorübergehende Erschütterungen der Wirtschaft nicht zu fürchten. Solche Erschütterungen haben sich in der Vergangenheit überwinden lassen, wenn man sich nur über einen wohlüberdachten Kurs verständigt und ihn mit Ruhe verfolgt.

HITLER gaukelt uns vor: „Die Freiheit nach außen gab das tägliche Brot im Innern!“ Wir wissen, daß wir nur durch Abbau der Agrarzölle und Kartellpreise das Brot verbilligen können. Gerade auch die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz verbessern wir auf diesem Wege. Durch die Belegung des Wohnungsbaus heben wir weiter die Lage der vorarbeitenden Industriezweige und der agrarischen Veredelungswirtschaft; und damit entziehen wir dem Nationalsozialismus seine Rekruten. Wir schwächen somit die faschistische Gefahr und stärken dadurch innerhalb und außerhalb Deutschlands diejenigen, die eine verständige Außenpolitik zu treiben bereit sind.

Schweres Sprengstoff-Unglück.

Zwei Bergleute tot, ein weiterer verletzt.

o Oberhausen, 26. Februar.

Am Freitag ereignete sich auf der Zeche Osterfeld der Gute-Hoffnungs-Hütte bei einer Sprengung ein schweres Explosionsunglück, bei dem zwei Bergleute den Tod fanden und ein weiterer schwer verletzt wurde. Eine nach dem Unfall vorgenommene Untersuchung durch den Betriebsführer und den Betriebsratsvorsitzenden ergab, daß der mit Sprengstoff gefüllte Sprengstoffbehälter des Schießmeisters die Explosion verursacht hat.

Anschlag im spanischen Parlament.

p Madrid, 27. Februar.

Im Verlauf der Freitagabendssitzung der spanischen Nationalversammlung warf ein als Monteur gekleideter Mann von der vollbesetzten Publikumstribüne eine mehrere Kilogramm schwere Eisenkugel in Richtung der Ministerbank. Sie verfehlte ihr Ziel; sie zertrümmerte nur eine Tür. Der Täter wurde sofort verhaftet. Nach kurzer Pause konnte die Sitzung fortgesetzt werden.

Der Arbeitsplan in Genf.

i Genf, 26. Februar.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat am Freitag vormittag beschlossen, daß die fünf Ausschüsse am Sonnabend zur Wahl der Vorsitzenden und der Büros zusammentreten sollen. BENESCH ist als Hauptberichterstatler des Hauptausschusses beauftragt worden, einen Arbeitsplan auszuarbeiten, in dem die einzelnen Arbeitsgebiete der Konferenz entsprechend den Kapiteln des Abkommensentwurfes des Völkerbundes festgelegt werden. Die 54 Vorschläge der einzelnen Abordnungen werden entsprechend ihrem Inhalt den einzelnen Kapiteln des Abkommensentwurfes angegliedert.

Arbeitslosigkeit in Frankreich steigt.

k Paris, 27. Februar.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Frankreich ist im Laufe der letzten Woche um etwa 13 000 angewachsen.

Die Abstimmungsmaschine.

Inhalt des Antrags	Antragsteller	Entscheidung über den Antrag
Sofortige Einstellung aller „Tribute“ und Annullierung aller privaten Schuldverpflichtungen an das Ausland	KP	Abgelehnt mit 368 gegen 75 Stimmen bei 108 Enthaltungen.
Aufhebung der Notverordnungen (mehrere Anträge)		Ar den Haushaltsausschuß überwiesen.
Aufhebung der Redeverbote gegen Abgeordnete und Herstellung der freien Meinungsäußerung für die Zeit des Wahlkampfes	NS	Abgelehnt gegen NS, DNVP u. KP.
Mißtrauen gegen die Reichsregierung	NS, DNVP, DVP, KP	Abgelehnt mit 289 gegen 264 Stimm. Gegen die Reg. stimmten u. a. Landvolk u. SAP, dafür u. a. die Wirtschaftspartei
Mißtrauen gegen Reichswehrminister GROENER	DNVP, KP	Abgelehnt mit 303 gegen 250 Stimm. bei einer Enthaltung. SP für NS gegen GROENER.
Mißtrauen gegen DIETRICH	DNVP	Abgelehnt mit 291 gegen 250 Stimm. bei 11 Enthaltungen. SP für DIETRICH.
Dem Reichspräsidenten LÖBE das Vertrauen zu entziehen	NS	Als geschäftsordnungs-widrig zurückgewiesen.
LÖBE soll sein Amt niederlegen	DNVP	
Reichstagsauflösung (mehrere Anträge)		Abgelehnt mit 299 gegen 228 Stimm.
Aufhebung des Erlasses über Einstellungen in die Reichswehr.	KP	Angenommen mit 226 Stimmen gegen 173 der SP, KP und Staatspartei bei 38 Enthaltungen.
Die Reichswehr soll nicht zu politischen Zwecken in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen eingesetzt, die Einschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Mannschaften und Unteroffiziere und der sogenannte Ungehorsam des Reichswehrministers sollen aufgehoben werden.	KP	Abgelehnt.
Sofortige Zurücknahme der Verordnung über Erhöhung des Butterzolls.	KP	Angenommen mit den Stimmen der SP und KP.
Sofortige Einstellung der Zahlung d. Polizeikostenzuschüsse an das Land Braunschweig.	KP	Angenommen mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen.

Französische Wahloreform gefallen.

k Paris, 27. Februar.

Der Senat hat die Wahloreformvorlage, wie zu erwarten war, am Freitag abend abgelehnt. Der Vorschlag des aktiven und passiven Frauenwahlrechts soll noch auf einer Sondersitzung getrennt behandelt werden.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(49. Fortsetzung.)

Von der Straße braust es unablässig herauf: „Nieder mit Saint Brice! ... Hoch Léon Brandt! — Frieden! Frieden!“

Die Versammlung ist aufgeregter. In Gruppen stehen die Minister herum und debattieren. Lamoine läuft geschäftig hin und her, seines Amtes waltend als versöhnlicher Hirte. Saint Brice steht hinter seinem Stuhl, über die Lehne gebeugt. Sein wächsernes Gesicht ist undurchdringlich, seine Greisenlippen deuten ein merkwürdiges Lächeln an. Ja, Saint Brice triumphiert im geheimen. Léon Brandt hat sich enthüllt! In der Stunde höchster Not weist er den Gedanken an Sabotage weit zurück! Ein guter Schachzug des Kriegsministers, daß er Brandt mit seiner Frage die Pistole auf die Brust setzte! Mag Brandt als Politiker toben, jetzt ist er für Saint Brice nicht mehr Sphinx und Rätsel!

„Glauben Sie nicht, meine Herren“, ruft Brandt über die Köpfe der Versammlung hinweg, „daß ich ins Leere geredet haben möchte! Baron, ich frage Sie zum letztenmal: behalten Sie Ihren Kurs bei? Wollen Sie die Belgrader weiter antreiben?“

Es wird totenstill im Saal. Jeder fühlt die Schwere der Frage.

Saint Brice kommt plötzlich mit versöhnlicher Gebärde auf Brandt zu. „Warum, verehrter Herr Brandt, gönnen Sie Frankreich nicht den ganzen Sieg! Es ist der Sieg, der Freiheit für Europa bedeutet. Ist dieser diplomatische Sieg heimgebracht, dann wollen wir ehrlich daran gehen, mit Deutschland einen freundschaftlichen Ausgleich anzubahnen.“ Er streckt Brandt seine Hand hin wie zu einem Pakt.

Brandt übersieht die dargebotene Hand. Ohne Schroffheit erwidert er: „Sie werden Ihren Sieg nie heimbringen, Baron.“

Ihre Politik kreist immer um das gleiche Katastrophenzentrum. Ihre Politik kennt keine Opferbereitschaft. Sie mißdeuten auch das Phänomen Capponi! Mit Ihrem Rezept heilen Sie nicht die Fiebergluten eines Machtsüchtigen, Sie steigern Sie damit nur.“ Er läßt seine Augen resigniert über alle Minister gleiten. „Meine Herren, Sie lassen mich mit Ménard und Champelle auf einsamer Feldwache!“

Herr Lamoine legte beide Hände auf Brandts Schulter und schnauft zwischen lauten Atemzügen: „Wollen Sie mir die Freundschaft aufkündigen? Sie wissen, was Rom auf die Forderung des Völkerbundes geantwortet hat. Wir sollen den Italienern Albanien als Kolonie überlassen. Jede Opferbereitschaft hat ihr natürliches Ende.“

Humette mischt sich ein. „Brandt! Alter Feldsoldat! Zum Teufel auch! Vor zwanzig Jahren dachten Sie anders! Heute heißt es wie damals: Dienst! Verdammter Dienst. Verantwortung aufbuckeln!“

Brandt betrachtet freundlich das ehrliche, gute Soldatengesicht. „Lieber General, im Anfang schreien viele Hurra — am Ende will's keiner gewesen sein!“ Er reicht dem Präsidenten der Republik plötzlich kurzentschlossen die Hand und sagt ernst und sachlich: „Meine weitere Mitarbeit verdunkelt dem Volk nur die nötige Klarheit. Ich erbitte meine Demission.“ Champelle und Ménard sprechen fast dieselben Worte.

Der Präsident macht einen letzten Vorstoß. Mitglieder der Mittelparteien unterstützen ihn. Brandt steht schon mit seinen beiden Freunden an der Tür. „Sie wollen jetzt aller Bindungen enthoben sein?“ fragt Saint Brice; mißtrauisch kommen seine Blicke aus den müde zusammengedrückten Lidern hervor.

„Ich fühle mich durch nichts gebunden als durch meine Liebe zu Frankreich“, sagt er einfach. Die Flügeltür schlägt hinter ihm und seinen beiden Gefährten zu.

Tosen der Massen umbrandet das Palais. Die Glocke des Tischtelefons schrillt. Der Innenminister empfängt die Meldung des Polizeipräsidenten: „Das Attentat hat ungeheure Erregung ausgelöst. Im Norden und Nordosten von Paris rotten sich Arbeiterkolonnen zusammen, die eine drohende Haltung gegen unsere Schutzorgane erkennen lassen. Ich bitte um

genaue Weisung, ob gegebenenfalls rücksichtslos eingeschritten werden soll ...“

Um die kurze Strecke bis zur Place de la Madeleine zurückzulegen, braucht Brandts Auto eine halbe Stunde. Schrittweise muß es sich durch die Menschenmauern kämpfen.

„Brandt! — Brandt soll sprechen! — Gibt es Krieg?“ — Die Rufe pflanzen sich fort von Mund zu Mund. Die Menschen hängen wie Fliegenschwärme am Auto.

„Es wird keinen Krieg geben!“ Hundertmal muß Brandt die Worte zum Fenster hinausschreien. Sie fliegen weiter, die vollgestopfte Rue St. Honoré hinunter, ihr Echo hallt hinein in die Nebenstraßen, rauscht über Zehntausende auf den Boulevards, springt wie eine Erlösungsformel bis zur Peripherie der steinernen Stadt, vervielfältigt sich zum Kampfgeschrei, das alle in hypnotischen Bann reißt. „Es wird keinen Krieg geben!“ Wer außer Brandt durfte das mit solcher Siegesgewißheit verkünden!

Hinter der Place de la Madeleine gelingt es dem Chauffeur, den Wagen unerkannt in eine stillere Nebenstraße zu bugisieren. Er fädelt sich in die Fahrzeugkolonnen ein, die sich jenseits der Rue Réaumur von Straßenecke zu Straßenecke schieben. Der glühende Augenhimmel, der seit Wochen über Paris brütete, ist plötzlich mit tintenfarbigen Wolken überzogen. Dazwischen ballen sich giftgrüne und schwefelgelbe Schwaden. Schweres Gewitter steht bevor. Unerträglich ist der bleierne Dunst, der ins Auto hereinquillt. Brandt atmet mit heißen Lungen. Es wird keinen Krieg geben ...! Ist denn das wahr? Wenn Capponi das Kommando geben würde, dann würden sie alle marschieren, Italiener, Franzosen und die andern alle ... Wer sollte auch nicht marschieren wollen, wenn das Jüngste Gerichte im Anzug ist! Stehend fallen! — würde das nicht die Losung aller sein? Dann wird auch Léon Brandt wieder mit seinem Kampfflugzeug unter dem Himmel und über der brennenden, mordenden Menschenerde hinstoßen wie ein blutiger Raubvogel, nicht wahr? Wird er dann auch wieder grüßend die Hand hochstrecken, wenn der Feindflieger ihm mit schußfertigen Maschinengewehr entgegenrast? Mord gegen Mord! Die Sintflut verschlingt ja doch alle! Dann wenigstens stehend fallen! Kämpfend ins Blut der Erde hinunterstürzen ...!

(Fortsetzung folgt.)

Die Mandchurei und Chinas „Anti-Japan-Komplex“

M. S. Der mandchurische Staat hat nunmehr seinen eigenen Präsidenten und seinen eigenen Namen erhalten. Beides im Auftrag des mandchurischen Volkes! Es müßte interessant sein, in der Mandchurei eine wirklich unbeeinflusste Volksabstimmung in Gang zu setzen und deren Ergebnis mit der nunmehr offiziell proklamierten Regierungserklärung zu vergleichen.

So wenig klar wie die Stimme des mandchurischen Volkes an die Öffentlichkeit dringt, so wenig entschieden sind auch die Berichte von Augenzeugen, die die Herrschaft der Regierenden in der Mandchurei, sei es die der japanischen oder die der früheren chinesischen Herren, unter die Lupe genommen haben. Ein berühmter amerikanischer Komiker, der die Mandchurei besucht hat, erklärte bei seiner Rückkehr nach Schanghai — wie uns ein Freund von dort schreibt —: leider sei er etwas zu lange dort geblieben — jetzt wüßte er überhaupt nicht mehr, wer Recht habe.

Wir kennen längst alle die Argumente, die zur Rechtfertigung der japanischen Besetzung vorgebracht werden. Das am schwersten wiegende, das seinen Eindruck bei den Kabinetten der übrigen Großmächte nicht verfehlt, betrifft die fünf Milliarden Mark, die Japan in Eisenbahnen und dem Aufbau der mandchurischen Industrie angelegt hat. Es läßt sich nicht verleugnen, daß das mandchurische Hinterland auf Grund der japanischen Durchdringung einen starken Aufschwung genommen hat oder jedenfalls einem solchen entgegensteht; diese Tatsache wird am schlagendsten dadurch belegt, daß der von Japan gepachtete Hafen von Dairen in kurzer Zeit zu einem der größten Welthäfen geworden ist. New York zählt nach neueren Erhebungen 31 Millionen Tonnen jährlich einlaufender Schiffe, Hamburg 22 Millionen, Schanghai 9,6 Millionen — Dairen 10 Millionen! Eine im Auftrag des pazifischen Instituts durchgeführte Untersuchung hat festgestellt, daß Japan von seinem im Ausland investierten Kapital in Höhe von rund vier Milliarden Mark allein rund 3 Milliarden in der Mandchurei angelegt hat. Ein weiterer großer Posten des japanischen Kapitals steckt in japanischen Baumwollspinnereien in Schanghai; nach einer Angabe der Schanghai Handelskammer vom Jahre 1929 haben die Japaner dort rund 750 Millionen Mark investiert, die Chinesen rund 190 Millionen und die Engländer rund 10 Millionen Mark.

Erst auf Grund dieser materiellen Unterlagen werden japanischen Klagen über die Erschütterungen der wirtschaftlichen Sicherheit durch das Kriegsleben der chinesischen Generäle verständlich. Es steht fest, daß der letzte chinesische Machthaber der Mandchurei, der sogenannte „junge Marschall“, der Sohn Tschang Tso Lins, ein anspruchsvolles und kostspieliges, aber unbegabtes Spiel mit den Interessen des Landes getrieben hat. Andererseits sind die Proteste Chinas, mit denen es sich gegen die von Japan vorgelegten Verträge wandte, weitgehend berechtigt. Der ganze Vorstoß Japans in der Mandchurei geht auf eine von vornherein so brüchige „auf List und Gewalt“ beruhende Verhandlungsweise zurück, daß ein solcher Unterhändler sich nur in Gesellschaft anderer Räuber erdreisten kann, noch von der „Heiligkeit von Verträgen“ zu sprechen.

Das Entscheidende in dieser ganzen Frage liegt nicht in der Entwirrung der „diplomatischen“ Vergangenheit, die zu irgendwelchen legitimen Ansprüchen Japans geführt haben soll. Der Angelpunkt liegt einmal darin, daß die Erschließung der Mandchurei durch Japan weder im Interesse des mandchurischen noch des japanischen Volkes unternommen worden ist, sondern daß dank der in Japan bestehenden Gesellschaftsordnung die Wohltaten und der Reichtum, die aus der Mandchurei fließen, fast allein dem engen Kreis der herrschenden Parteien und Klassen zukommen. Die Industriellen und Militaristen Japans sind gewiß an der Verminderung der Arbeitslosigkeit ihres Landes interessiert, gewiß daran, daß der Ueberdruck der Bevölkerung ein Ventil offensteht — aber dieses alles doch nur in dem Maße, als dadurch einer sozialistischen Agitation unter den Arbeitslosen der Wind aus den Segeln genommen wird. Hinzu kommt, daß die militärische Macht Japans durch dessen Expansion eine solche Steigerung erfahren wird, daß der japanische Imperialismus seine schimpflichen Methoden mit äußerster Rücksichtslosigkeit in der Mandchurei durchsetzen wird, und daß dieser Imperialismus zur Quelle eines Weltkrieges werden kann, unter dem dann alle sogenannten Segnungen der Ruhe und Ordnung mit einem Schlage vernichtet sein werden.

Im Augenblick herrscht in dem mandchurischen Volk, das zur Zeit die primitive einheimische Ausbeutung mit der technischen Entwicklung der Fremden austauscht, die Meinung, daß es „Jacke wie Hose“ sei, ob es unter Japan oder China „weißgeblutet“ werde (ein auf die Mandchurei jetzt häufig angewandter Ausdruck).

Der Grund für solchen Gleichmut liegt bei dem Elend und der Niedergedrücktheit dieser erschöpften Massen, keineswegs bei der angeblichen Unmöglichkeit, den Interessenkonflikt in der Mandchurei im Sinne des mandchurischen Volkes zu entscheiden. Aber so wird die Frage eben nicht gestellt. Sondern der Streit geht darum, ob die chinesischen oder die japanischen Generäle ein größeres Recht auf die Mandchurei haben. Die Antwort darauf liegt völlig klar: von Recht kann hier überhaupt keine Rede sein. Wie die Dinge bisher liegen, handelt es sich um einen Streit zwischen Ausbeutern um die Beute. Will man die Rechtsfrage ansprechen, so soll man die Ansprüche der Bewohner ins Auge fassen. Diese Ansprüche werden totschweigend verletzt, wenn Diktatoren über dieses Land regieren, die bisher mit dem Rivalen, über den Kopf des Volkes hinweg, nur über die Verteidigung der eigenen Interessen streiten. Die neue Regierung hat nur insofern eine Aenderung herbeigeführt, als nunmehr die Frage der Diktatur einseitig zugunsten Japans festgelegt ist.

Der Proklamation des japanischen neuen Vasallenstaates kommt aber noch eine weitergehende Bedeutung zu. Die Mächte, die mit gemischten Gefühlen die japanischen Vorgänge verfolgen, haben ihr Schweigen bisher damit entschuldigt, daß alle Angriffe Japans, auch der Angriff auf Schanghai, keinem anderen Zweck diene, als für die Lösung der mandchurischen Frage eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Nach der Lösung der Mandchurei von China ist nun die feste Basis da. Was tun die Mächte, wenn sich Japan mit diesem

Erfolg nicht bescheidet? Wie werden sie ihre abwartende Haltung weiter rechtfertigen? Der Wunsch, an der chinesischen Beute beteiligt zu werden, bedarf eines Schleiers. Japan selber macht ihnen das Umwerfen dieses Schleiers nicht ganz leicht. Im Gegenteil, es spielt hier eine sehr zielbewußte und zynische Rolle. Es ist selber ein Mitglied des erwachenden Asiens, das erste, das voll erwacht ist und seinen Lehrmeistern bereits verschiedentlich vorgehalten hat, daß es die Geschichte imperialistischer Methoden kennt.

Der „New Leader“, die Wochenschrift der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, brachte hierzu vor kurzem eine sehr aufschlußreiche Illustration: Im Vordergrund ein Engländer, die Pistole in der Rechten, den Fuß auf dem ausgemergelten Körper eines Inders. Im Hintergrund ein Japaner in der gleichen Haltung, nur, daß unter seinem Stiefel das chinesische Opfer liegt. Der Japaner grinst zu dem Engländer hinüber, der den verlogenen Ernst zur Schau trägt, mit dem heute die meisten Regierungen angesichts der asiatischen Vorgänge dreinblicken.

Ein Meisterstück in der Verteidigung gegen solche Angriffe, ein Meisterstück zugleich zur Besänftigung besorgter und erregter Volksschichten hat GARVIN vollbracht, der bekannte englische Journalist, der jeden Sonntag im „Observer“ für das aufhorchende englische Publikum den Leitartikel schreibt. In acht kurzen Kapiteln sagt er alles, was Engländer über den chinesisch-japanischen Konflikt im Interesse ihrer Nation zu vertreten haben. Vorweg die beruhigende Ueberschrift: „Keep out of war“ — „Haltet Euch fern vom Krieg!“ Dann, nach englischer Manier, zunächst eine kleine Geschichte: Gribouille geht an einem Fluß spazieren, während es anfängt zu regnen. „Ich werde ganz naß“, überlegt er, „ich werde noch bis auf die Haut naß werden.“ In dem Gefühl, daß irgend etwas geschehen müßte, springt er ins Wasser — und ertrinkt.

Die Moral von der Geschichte, meint GARVIN, kann vielleicht später einmal auf Japan Anwendung finden, einstweilen betrifft sie das eigene Land. Der Wahnsinn eines Krieges, der durch eine übereilte, durch Affekte hervorgerufene englische Intervention heraufbeschworen werden könnte, soll hieran demonstriert sein.

GARVIN fährt fort, immer in dem von England so gepflegten Stil, der Anteilnahme mit Wahrung des Abstandes zu gleichen Teilen mischt: Wir sind, was die Anforderungen der Ethik und der Vernunft angeht, in bezug auf den Völkerbund und den KELLOGG-Pakt ebensowenig gleichgültig als irgendein noch so eifriger Moralist. . . . Aber wenn es um die Angelegenheiten des Lebens schlecht steht, so halten wir nichts davon, sie noch zu verschlechtern. Laßt uns den Tatsachen ins Auge sehen. Was würde bei einer militärischen Exekution, etwa der eines Völkerbundes, herauskommen? Krieg über Krieg würde das Schicksal der Menschen sein, zwischen den Kriegen Aufbahrung für neue Kämpfe. Das beherrschende Interesse des menschlichen Lebens. „Wir fragen die große, unverdorben Majorität des britischen Volkes, was sie hiervon hält?“ . . .

Und wie antwortet GARVIN auf die Frage, was denn nun werden soll? Vor allem habe es keinen Sinn, „anti-jap“ zu sein.

Mit dem „Anti-Japan-Komplex“ sei überhaupt nichts zu wollen. So etwas sei alles rein gefühlsmäßig und habe mit vernünftigen Urteilen nichts zu tun. Kriege beruhen darauf, daß die Völker mit der Gegenwart nicht einverstanden sind, oder daß sie Angst vor der Zukunft haben oder daß ihre Ansichten über Freiheit, über Gerechtigkeit, über das Recht aufs Leben miteinander in Widerspruch geraten. Die Japaner seien in all ihren Schritten und Maßnahmen von dem machtvollsten aller menschlichen Beweggründe getragen — der Ueberzeugung, daß ihr Recht auf Leben bedroht war und noch immer bedroht sei. „Sie glauben, daß sie nicht im Unrecht sind, obwohl man es so dargestellt hat, als wenn sie im Unrecht wären. . . . Wenn ein großes und stolzes Volk fühlt, daß die Grundlagen seiner Existenz unterhöhlt sind — wenn es fühlt, daß sein Recht aufs Leben auf dem Spiele steht, so ist klar, daß kein Papier es hindern kann. Mag man das gern hören oder nicht, gleichviel, es bleibt die Wahrheit.“

Den berechtigten Ansprüchen Japans ist China mit seinem Anti-Japan-Komplex entgegengetreten und hat dadurch jede Verständigung erschwert. Im Gefolge seiner eigenen wachsenden inneren Schwierigkeiten hat China eine fremdenfeindliche Bewegung großgezogen; denn kein Ausweg ist bequemer als der, alles Unglück auf diejenigen abzuschieben, die von draußen kommen. Erlebt England nicht etwa das Gleiche in Indien? Durch die „Uebertreibungen“, durch die „Wahnvorstellungen“, durch die Provokationen haben die Chinesen die Gefahren heraufbeschworen, die nun zu den schrecklichen Kämpfen in Ostasien geführt haben.

Hieraus ergibt sich für den Staatsmann die Lehre, daß man sich in die Angelegenheiten freier Völker, von denen das eine seine Lebensinteressen verteidigt, das andere sich durch den sich hieraus ergebenden Konflikt in eine fremdenfeindliche Bewegung hineingestoigt hat, nicht mischen soll, daß man weise daran tut, sie sich selber zu überlassen, damit sie einander wieder näherkommen und dadurch geordnete Verhältnisse anbahnen. Die Wiederherstellung geordneter Beziehungen, diese so heikle und außerordentlich schwierige Angelegenheit kann nicht durch eine kleine „Stadt in der Schweiz“ betret werden, in der sich die Vertreter einer internationalen Bürokratie zusammengefunden haben. Kein Dritter möge sich in die Angelegenheit Nankings und Tokios einmischen; niemand ermutige China, den Weg der direkten Verhandlung mit Tokio zu vermeiden.

Wie klug und sorgfältig eingefädelt! Der Völkerbund ist feierlich seines Amtes enthoben. Er richtet in Angelegenheiten, die 1000 Kilometer weit entfernt in Asien vor sich gehen, nur Unheil an und erschwert die Annäherung der miteinander ringenden Nationen.

Wir haben begriffen. Das letzte Kapitel des GARVINSchen Artikels trägt die Ueberschrift: „Warum Großbritannien nicht will.“ England will nicht, will sich in Ostasien nicht einmischen, nicht um der Erhaltung des Weltfriedens willen, sondern weil ihm bei einem solchen Versuch ein Japaner ins Gesicht grinsen könnte, wie auf der Zeichnung im „New Leader“, und die Frage an es richten: „Und du? Würdest du dir eine Einmischung in Indien gefallen lassen?“

GARVIN spricht von Japan und China und meint Großbritannien und Indien.

Feingefühl.

Aus einem Kinderheim.

L. W. Mit Karl und dem um zwei Jahre älteren Fritz ging ich eines Tages zu einem Bauern. Karl war damals noch nicht vier Jahre alt. Nach einem kurzen Gespräch rückt Fritz etwas verlegen mit der Bitte heraus, er möchte einen Apfel haben. „Gut, hole dir einen; bring auch für die anderen welche mit.“ Strahlend verschwindet er und erscheint nach einiger Zeit ebenso strahlend wieder. Im Arm hält er vier Äpfel, einen schönen dicken und drei kleine. Völlig mit sich zufrieden, drückt er jedem von uns einen kleinen Apfel in die Hand. „Du, das ist aber nicht sehr nobel. Meinst du nicht, wir lassen Karl zuerst wählen?“

Karl steht da, die Äpfel in den Händen. Unschlüssig dreht er sie nach allen Seiten. Ein Seufzer. „Fritz ist der Größere, darum soll er den dicken Apfel haben.“

Ein Jahr später. Die vierjährige Lotte ist erst kurze Zeit bei uns und ist noch sehr scheu. Einer der älteren Jungen feiert seinen neunten Geburtstag und hat von einem Bekannten kleine Fläschchen mit Zuckerkugeln bekommen. Die Kinder stehen um den Geburtstagstisch herum. Alle Augen hängen an den kleinen Fläschchen. Aber es sind nicht genug für alle, eins ist zu wenig. Die Kinder sind etwas verlegen und schweigen. Der Geburtstagsjunge steht unentschlossen. Langsam greift er nach einem Fläschchen und dreht es in seinen Händen. Ein anderes Kind streckt zaghaft die Hand aus. Schnell greifen alle anderen zu, außer Lotte und Karl. Ein Fläschchen steht nur noch auf dem Tisch. Lotte ist noch zu scheu. Sie blickt fragend, ob man ihr wohl auch etwas geben wird? Karl sitzt da, die Hände in seinem Schoß sind unruhig. Die Augen füllen sich mit Tränen. Es ist nicht leicht, auf etwas zu verzichten, was man gern gehabt hätte. Aber er kann doch Lotte das Fläschchen nicht wegnehmen. Lotte ist glücklich.

Die Küche soll umgebaut werden. So oft die Kinder Gelegenheit haben, gehen sie hin und sehen den arbeitenden Genossen zu. Bald haben sie sich mit ihnen angefreundet und bekommen Bonbons oder Keks geschenkt. Dann stellt sich heraus, daß sie anfangen, bei den Maurern zu betteln. Eines Morgens kommt Richard zu P.: „Hier, das will ich dir schenken.“ Er hat einen Bonbon aus seiner Tasche gezogen. „Ich möchte ihn nicht haben. Wahrscheinlich habt ihr wieder bei den Genossen gebettelt.“ Etwas betroffen zieht Richard seine Hand zurück und geht weg. Zwei Stunden darauf erfährt P., daß die Kinder nicht gebettelt haben. Richard war also unberechtigter Weise gekränkt worden. „Entschuldige, daß ich dich heute Morgen gekränkt habe. Ich habe jetzt er-

fahren, daß der Bonbon nicht gebettelt war.“ Ueber Richards Gesicht geht ein Aufleuchten. Er wühlt in seiner Hosentasche und zieht einen ganz verklebten, schmutzigen Bonbon heraus: „Willst du ihn denn jetzt nehmen?“

Die Kinder spielen „Reise nach Jerusalem“. Bei diesem Spiel muß derjenige ausscheiden, der keinen Platz mehr findet, wenn mit dem Stock geklopft wird. Lore ist erst drei Jahre alt. Ehe sie sich besinnen kann, sind alle Plätze besetzt. Mit rotem Kopf und schwarzen Augen steht sie nun daneben, bis das erste Spiel zu Ende ist. Beim zweiten kann sie wieder mitspielen. Otto nimmt sie an die Hand. Es wird mit dem Stock geklopft. Rasch hebt Otto sie auf einen leeren Stuhl. Sie selber einen Platz zu suchen, dazu bleibt ihm keine Zeit. Er scheidet aus dem Spiel aus.

Es ist Weihnachten. Von den Eltern sind für einige Kinder ziemlich große Pakete gekommen. Aber in Berlin und anderen Städten sind Kinder von Freunden, die fast nichts zu Weihnachten bekommen haben. Wir wollen ihnen etwas von unseren Gaben schicken. Beim Auspacken der Pakete legen die Kinder zurück, was weggeschickt werden soll. Nun kommt Peters Paket. Ein Stück nach dem anderen kommt zum Vorschein. Eines nach dem anderen wird prüfend betrachtet und zu den Sachen gelegt, die weggeschickt werden sollen. „Wir haben ja noch so viel“, erklärt Peter. Doch da, ein Lastauto mit gelben Holzwänden und rotem Untergestell! Das hatte er sich gewünscht. Er zögert und blickt uns an. Dann fängt er an zu weinen und will es zu den Sachen stellen, die weggeschickt werden. „Na Peter, willst du nicht etwas behalten?“ — „Doch, das Lastauto.“ Ein Stein fällt ihm vom Herzen.

Es ist einige Zeit vor den Osterferien, in denen die Kinder nach Hause fahren können. In den Jahren vorher sind nicht alle Kinder nach Hause gefahren, weil ihre Eltern das Geld dazu nicht hatten aufbringen können. Eins der Kinder hat seit sechs Jahren seine Eltern nicht mehr gesehen. Frida gehört zu denen, die ihre Eltern öfter gesehen haben. Die Kinder überlegen, wie man die Reise für sie alle möglich machen könne. Sie wollen eine Reisekasse einrichten und die Eltern bitten, das Geld, das sie für die Reise ihres Kindes ausgeben würden, in diese Kasse zu zahlen. Aber auch dann würde das Geld nach der Berechnung der Kinder noch nicht reichen. Die Kinder sind etwas ratlos. Da sagt Frida nachdenklich: „Wenn das Geld nicht reicht, dann sollen erst die fahren, die ihre Eltern lange nicht mehr gesehen haben.“ Sie wußte, daß ihre Reise damit wegfiel.

Berliner Buchdruckerkonflikt.

In dem Konflikt der Großbuchdruckerei tagte am Donnerstag das Reichsschiedsamt der Buchdrucker unter Vorsitz des Schlichters von Groß-Berlin, Gewerborat KÖRNER, und unterbreitete den Parteien von OTTO ELSNER und der „Berliner Börsen-Zeitung“ folgenden Vergleich:

1. Die Parteien vereinbarten, daß die beiderseits ausgesprochenen Kündigungen erst mit Ablauf des Freitags, den 4. März 1932, wirksam werden.

2. Die Parteien werden bis Montag, 29. Februar 1932, 15 Uhr, dem Schiedsamt gegenüber, zu Händen Herrn Dr. Stock, zu folgendem Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden Stellung nehmen:

Die beiderseits ausgesprochenen Kündigungen werden zurückgenommen. Im Betrieb wird über etwaige Neufestsetzung der Leistungszulagen verhandelt. Falls dabei eine Einigung bis Montag, den 7. März 1932, nicht zustande kommt, trifft die Entscheidung Gewerborat Dr. KÖRNER verbindlich für beide Parteien nach Abwägung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen.

Berlin, den 25. Februar 1932.

Zu diesem Vergleichsvorschlag werden die Belegschaften der beteiligten Firmen Stellung nehmen.

Stärkt die gewerkschaftliche Solidarität.

o Holzwickede (Westfalen), 25. Februar.

Auf der Zeche „Caroline“ der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen A. G. war bereits vor einiger Zeit in einer Belegschaftsversammlung vorgeschlagen worden, ein Teil der Belegschaft sollte einen Lohnabbau von 15 bis 25 Prozent freiwillig auf sich nehmen, um die Weiterführung der Zeche zu sichern. In einer neuen Zusammenkunft der gekündigten Belegschaftsmitglieder wurde dieser Vorschlag zur Abstimmung gestellt. Hierbei ergab sich, daß 47 Angestellte und 290 Arbeiter für und nur 163 Belegschaftsmitglieder gegen einen freiwilligen Lohnabbau waren.

f Kattowitz, 25. Februar.

Die sozialistischen Gewerkschaften hatten für Donnerstag den Beginn eines Sympathiestreiks in den ostoberschlesischen Eisenhütten für die Dombrowaer Bergarbeiter angekündigt. Die Arbeiter haben der Streikparole keine Folge geleistet. Auf allen Hütten wird gearbeitet.

8000 Kündigungen wegen des Bierstreiks

h Berlin, 26. Februar.

Die Berliner Brauereien haben wegen des Bierstreiks unter Beachtung der tariflichen Kündigungsfrist der gesamten Belegschaft — rund 8000 Arbeitnehmern — vorsorglich zum Ende nächster Woche gekündigt.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, Kasino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Bezirk Reinickendorf: Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, Vereinshaus Sachse, Holländer-Ecke Thurnerstraße. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Burg b. Magdeburg: Freitag, den 4. März, 20 Uhr, im Schützenhaus, großer Saal. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl. Redner: H. Rase (Essen). Eintritt 20 Pf.; Erwerbslose 10 Pf.

Erfurt: Sonnabend, den 27. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstr. Thema: Die Lage in China, und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Rednerin: Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

i Kiel, 26. Februar.

Die Kieler Gastwirte-Innung hat beschlossen, am 29. Februar in den Bierstreik zu treten. Auch alle an der Kieler Förde gelegenen Ortschaften und die Städte Bordesholm und Plön werden sich dem Bierboykott anschließen. Der Bierstreik in Kiel und Umgebung soll bis zur Beendigung des Hamburger und Berliner Bierstreiks durchgeführt werden.

Hochverrat und Vorbereitung zum Hochverrat.

Festungs- und Gefängnisstrafen.

k Leipzig, 26. Februar.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Freitag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats BAUMGARTEN den Brothändler PAUL LOEHRKE aus Berlin-Rudow wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Am 26. August vergangenen Jahres hat die Polizei bei ihm sieben Infanteriegewehre, einen Karabiner und andere ältere Waffen gefunden. Diese Waffen hat LOEHRKE zur Aufbewahrung erhalten, um sie für Zwecke der KPD bereit zu halten. Derselbe Senat unter demselben Vorsitzenden verurteilte heute den Zimmermann KURT BIGALKE aus Königsberg wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis. BIGALKE ist festgenommen worden, nachdem er eine Reihe von „Zeretzungschriften“ an Offiziere und Mannschaften des Reichswehrregiments Nr. 8 in Kolberg brieflich gerichtet hatte, in erster Linie den Brief SCHERINGERS an die kommunistische Reichstagsfraktion.

Volksentscheid in Oldenburg.

o Oldenburg, 26. Februar.

Nachdem der Landtag seine Auflösung abgelehnt hat, wird der Volksentscheid eingeleitet. Er findet am 10. April statt, gleichzeitig mit dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.

Hitler vereidigt.

h Berlin, 26. Februar.

Die Vereidigung HITLERS als braunschweigischer Staatsbeamter erfolgte am Freitag nachmittag in der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin.

Keine Ehre für Coburg.

o Coburg, 26. Februar.

Der Stadtrat von Coburg nahm den nationalsozialistischen Dringlichkeitsantrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an HITLER an. In der Begründung des Antrages, die ebenfalls angenommen wurde, wird darauf hingewiesen, daß HITLER in Coburg als der ersten deutschen Stadt im Herbst 1929 den roten Terror gebrochen habe.

Für den Antrag und die Begründung stimmten die Fraktion der NS und der dritte Bürgermeister REHLEIN („Stahlhelm“). Die SPD hatte vorher den Saal verlassen.

National-„Sozialismus“ in Hessen.

o Darmstadt, 26. Februar.

vor. Annahme fand ein nationalsozialistischer Gesetzentwurf auf Amnestie für politische Vergehen (mit der Einschränkung, daß gemeine Verbrechen, wie Bluttaten u. s. w. ausgenommen werden). Auch der Antrag der NS auf Entziehung der „Bank- und Börsenfürsten“ wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums mit den Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten angenommen. Die Sozialdemokraten hatten für den Antrag gestimmt, um, wie sie erklären ließen, die Demagogie der Nationalsozialisten zu entlarven. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Verstaatlichung des Bankwesens fand gleichfalls Annahme.

Große öffentl. Versammlung

am Freitag, dem 4. März 1932, um 20 Uhr in Burg bei Magdeburg, im Schützenhaus, großer Saal.

Thema:

„Reichspräsidentenwahl und Arbeiterschaft“

Redner: Heinrich Rase (Essen).

Freie Aussprache! Eintritt: 20 Pf., Erwerbslose: 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 29. Februar.

Berlin:

16.30 Konzert: SCARLATTI-STRAWINSKY.

22.35 Zeitbericht: Was wird aus der Mandschurei?

Königsberg:

21.20 Aus unvorveröffentlichten Werken TRAVENS.

Königswusterhausen:

17.30 Prof. REICHWEIN: Die angelsächsischen Mächte im Kampf um die Vormacht.

19.00 Dr. GOERDELER, der Reichskommissar für Preisüberwachung, spricht.

Langenberg:

18.00 GRETE STOFFEL: Die Frau in der Rechtsprechung der deutschen Gerichte.

Mühlacker:

22.35 Zeitbericht: „Liegt der Autarkiegedanke im Britischen Reich?“

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Literarischer Abend.

Dienstag, den 1. März.

Berlin:

15.20 Dr. LOTTE HANEMANN-JERUSALEM: Die islamische Frau in Recht und Sitte.

Breslau:

18.40 LINA SCHAERTL: Das proletarische Kind und seine Freizeit.

Königswusterhausen:

11.30 Lehrgang für praktische Landwirte: Die Bedeutung der Milch und ihre Verwertung.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2,— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Vorantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Doppe, Berlin. Verlag: Internationaler Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 530/9. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

SOLIDARITÄT

heißt, deine Einkäufe nicht in den bürgerlichen Warenhäusern zu tätigen, sondern in erster Linie die sozialistischen Unternehmen zu unterstützen.

Unser Unternehmen wird getragen von dem Wirtschaftswillen proletarischer Jugend. Keiner Partei dienstbar, will es Stützpunkt aller Sozialisten in der heutigen Gesellschaft sein. Kauft bei uns, wir bedienen euch gut und preiswert.

Wir sind seit 1924 das anerkannte

Einkaufshaus der proletarischen Jugend

und führen ständig:

Wanderbekleidung: Aermelwesten, Manchestoranzüge, Windjacken, Lumberjacks, Wanderhosen, Sporthemden, Schillerkragen, Mützen, Qualitätslodenmäntel.

Fahrtenausrüstung: Brothbeutel, Rucksäcke, Tornister, Decken, Zelte, Zeltbahnen.

Reformschuhe: Wanderstiefel, Turnschuhe, Riemensandalen.

Kunstgewerbe: Broschen, gehämmerte Knöpfe, Vasen, Schnitzarbeiten.

Körperpflegemittel: tierfettfreie Seifen, Hautöle, Badeszusätze.

Sozialistische Literatur: Bücher über Kunst, Ernährung, Sexualwissenschaft, Psychoanalyse.

DIE FACKELSTUBEN

Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgenossinnen E. V.

Berlin C 2, Klosterstraße 62, Ecke Stralauer Straße

Geöffnet von 9—19 Uhr. — Versand nach auswärts.

GÜTTINGEN

Am 1. März erscheint eine Neuauflage des glänzend begutachteten alkoholfreierischen Heftchens:

Erfrischt Euch!

Rezepte für gesunde Erfrischungen an heißen und kalten Tagen, natürlich alkoholfrei! Mit ausführlicher Anweisung zum Selbstbereiten unvergorener Obstsalate 32 Seiten, reich illustriert. Mit ärztlichem Aufklärungsaufsatz. Einzelpreis: 10 Pf. Preis bei Abnahme von mindestens 50 Stück: 5 Pf. Gegen Voreinsendung des Betrages postfreie Zusendung. — Bestellen Sie sofort!

Für Erwerbslose

als Nebenverdienst gut geeignet! Buchdruckerei Ernst Grosse, Göttingen Postfach 43. Postscheckkonto Hannover Nr. 608 68.

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung. GÖTTINGEN Ida Fürchtenicht Nikolaus-Berger-Weg 67

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in: **Deutsch,** **Englisch u.** **Esperanto**

Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H. Berlin S 14, Inselstraße 8a

Werbeprospekte

Zeitungen

Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammleraummer P1 Moritzplatz 5471

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln. Broschiert 5,— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Irland.

Zu den irischen Wahlen.

Von Rush Rhees.

Die diesjährigen Parlaments-Wahlen des Irischen Freistaats sind die ruhigsten gewesen, die jemals in Irland abgehalten worden sind, und doch war die Zahl der abgegebenen Stimmen größer als je. Offenbar haben die beiden größten Parteien — die Freie Staats-Partei, die unter COSGRAVES Führung seit 1922 an der Regierung ist, und die Republikanische Partei, deren Führer DE VALERA ist — tüchtig gearbeitet und viel Geld ausgegeben. Das zweite gilt besonders von der Partei COSGRAVES, die überall ihre Plakate aufgestellt und überall im Lande Zeitungen seitlang mit ihrer Wahlreklame gefüllt hat. So las man z. B. in großem Druck: „HOOPER hat es nicht geschafft!“ (Es folgt die Zahl der Arbeitslosen in den U. S. A.) „MACDONALD hat es nicht geschafft!“ (Die Arbeitslosenziffer von England wird angegeben. Dann die entsprechenden Angaben von andern Ländern.) „Und DE VALERA könnte es? Warum schicken wir ihn dann nicht auf eine Weltreise?“ DE VALERA hatte nur die „Irish Press“ hinter sich, die allerdings mit ziemlich viel Geld unterstützt wurde. DE VALERA hat einen Wahlsieg über COSGRAVE davongetragen.

Die sozialistischen Parteien spielen in Irland keine große Rolle. Der größte Teil der Einwohner ist landwirtschaftliche Bevölkerung. Die meisten sind Kleinbauern; viele haben nur 13 Acker, das sind etwa 5 ha Land. Das ist in Irland nicht genug, eine Familie zu ernähren. Darum arbeiten diese Menschen als Landarbeiter auf großen Gütern; in der Zeit, die sie dort frei sind, bestellen sie ihr eigenes Land. Auf diese Weise behalten sie eine gewisse Unabhängigkeit und fühlen sich nicht als Angehörige der Arbeiterklasse. In politischen Unterhaltungen auf dem Lande ist von Klassengegensätzen wenig die Rede; die Bauern haben ein großes Interesse für agrarpolitische und landwirtschaftliche Fragen — DE VALERA verdankt seinen Wahlsieg zum Teil seinen agrarpolitischen Parolen —, außerdem hat die Frage der nationalen Unabhängigkeit und die Kirche das Interesse der Bevölkerung. Eine Arbeiterbewegung gibt es dagegen fast nur in größeren Städten wie Dublin, Cork und Limerick. Sie ist am stärksten vertreten durch die Irish Labour Party, die mit der II. Internationale in Verbindung steht. In Dublin gibt es außerdem eine kleine Gruppe, die zur III. Internationale Beziehungen hat. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach JIM LARKIN als „Unabhängigen“ ins Parlament schicken. Die Kommunisten spielen keine bedeutende Rolle.

DE VALERA hat sich in den Befreiungskämpfen, die Irland gegen England geführt hat, einen Namen gemacht. Er war in diesem Kampf der Führer der irischen republikanischen Armee, die er für ein einiges, von England unabhängiges Irland einsetzte. Die Unabhängigkeitsbewegung hatte im Jahre 1920 dahin geführt, daß der größte Teil Irlands als Irischer Freistaat zum Dominion wurde, während der nordöstliche Teil weiter zum englischen Königreich gehören sollte. Die radikalen irischen Nationalisten lehnten sich unter der Führung DE VALERAS gegen diese Spaltung auf; es kam im Jahre 1922 zu einem offenen Bürgerkrieg, in dem DE VALERA keinen Erfolg erzielte. 1923 wurde allmählich die Ruhe wieder hergestellt, COSGRAVE war damals schon in der Regierung.

Das tatkräftige Eintreten für die Freiheit Irlands sichert DE VALERA noch heute einen großen persönlichen Einfluß, obwohl er als Redner unscheinbar wirkt. Man glaubt an die Aufrichtigkeit seiner Absichten; auch seine politischen Gegner tun das.

Außerdem hat DE VALERA durch seine politischen Parolen viele Wähler gewonnen:

Der Boden Irlands ist seit einigen Jahrzehnten Eigentum der Bauern. Sie brauchen also keine Pacht zu zahlen, müssen aber den früheren Landbesitzern — Großgrundbesitzern, die ihr Land verpachteten und selber zum großen Teil außerhalb Irlands wohnten — noch jährliche Abfindungssummen zahlen, die erst langsam abgelöst werden. Diese Summen werden vom Staat eingezogen und weitergeleitet. DE VALERA hat versprochen, diese Verschuldungen der Bauern auf ihre Berechtigung hin zu prüfen.

Nach einem irischen Landgesetz hat die irische Regierung das Recht, in Fällen, wo der Boden von dem gegenwärtigen Besitzer nicht gut ausgenutzt wird, diesem ein Stück seines Landbesitzes zu nehmen und es einem andern zu geben.

DE VALERA will dieses Recht erweitern. Er vertritt den Standpunkt, daß die vielen Bauerngüter, die nur etwa 13 Acker umfassen, vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu klein sind, und hat den Kleinbauern Versprechungen gemacht, durch eine teilweise Neuverteilung des Landes ihren Interessen entgegenzukommen.

Aber nicht nur auf dem Lande, sondern auch sonst ist DE VALERA bereit — jedenfalls nach seinen Behauptungen —, die Verteilung des Reichtums besser zu ordnen. Unter COSGRAVE ist die Besteuerung hoher Einkommen in Irland sehr niedrig gewesen im Verhältnis zu den englischen Steuern. COSGRAVE hat dadurch erreicht, daß viele Kapitalisten ihr Kapital nach Irland gebracht haben, was für die kapitalistische Industrie gerade nach den Unruhen von 1922 sehr günstig war. Ob DE VALERA die von ihm geplante „reine irische Industrie“ aufbauen kann, wenn er gleichzeitig die Einkommensteuer heraufsetzt, ist sehr fraglich.

Bei all diesen Vorschlägen findet DE VALERA die Unterstützung der Labour Party. Aber sie lehnt einige seiner nationalistischen Forderungen ab. Die Parlamentsmitglieder müssen sowohl dem König Groß-Britanniens wie dem irischen Parlament (dem Dail) einen Treue-Eid leisten. DE VALERA fordert die Abschaffung des Eids vor dem König. Ferner: Der König wird in Irland durch den „Governor General“ vertreten, der allerdings nur soviel Gehalt hat wie der König in England — und das ist sehr wenig. DE VALERA hält diesen Posten für eine unnötige Ausgabe und fordert, das Gehalt des Governor Generals solle herabgesetzt werden. Mit diesen beiden Forderungen steht er im Widerspruch zu dem Irischen Freistaat-Vertrag, durch den im Jahre 1921 der irische Freistaat zum Dominion erklärt wurde. Aber mit diesem Vertrag ist DE VALERA ja niemals zufrieden gewesen. Die Labour Party ist dagegen von jeher für diesen Vertrag eingetreten; sie glaubte, nur so die enge Verbindung mit ihrer britischen Bruderpartei aufrechterhalten zu können und sich vor allem die Unterstützung durch die Fonds der britischen Gewerkschaften zu sichern. Sie widersetzt sich daher den Forderungen DE VALERAS, die gegen den Freistaat-Vertrag verstoßen.

Schon aus diesem Grunde wird die Labour Party keine Koalition mit DE VALERA eingehen. Er ist aber auf ihre Unterstützung angewiesen. Mit den Stimmen der Labour Party wird er eine Mehrheit von etwa zwölf Stimmen gewinnen, wenn ihn keiner der „Unabhängigen“ unterstützt. Ob er damit eine Regierung halten kann, läßt sich noch nicht voraussagen. In Irland haben — im Gegensatz zu Großbritannien — die Parteien das Initiativrecht: es ist daher möglich, daß die Labour Party ein Gesetz einbringt, das nicht die Unterstützung der Regierung findet. So kann es leicht zu einer Regierungskrise kommen.

Irische Arbeiterpartei und das neue Kabinett.

Dublin, 27. Februar.

Die irische Arbeiterpartei hat endgültig beschlossen, eine Koalition mit den Republikanern nicht einzugehen, jedoch alle den Grundsätzen der Arbeiterpartei entsprechenden Maßnahmen der neuen Regierung zu unterstützen. Eine Beteiligung an der Regierung kommt nicht in Frage. Die Arbeiterpartei sprach sich ferner gegen den Treueid gegenüber dem englischen König und gegen die Entschädigungszahlungen an England aus, sie wolle eine Lösung dieser Frage jedoch auf dem Weg freundschaftlicher Verhandlungen mit England erreichen.

Quittung

über Spenden für den Pressfonds:

G. G. in E. 11,50 M.; A. F. in S. 5,— M.; W. L. in F. 200,— M.; A. B. in F. 25,— M.; H. L. in F. 5,— M.; E. B. in B. 12,— M.; E. D. in B. 10,— M.; A. St. in L. 30,— M.; G. M. in H. 5,— M.; K. K. in G. 5,— M.; W. H. in G. 5,— M.; R. K. in G. 10,— M.; L. F. in G. 2,— M.; A. S. in G. 5,— M.; F. L. in F. 20 M.; E. C. in S. 20,— M.; H. L. in St. 20,— M.; E. W. in B. 1,— M.; K. S. in B. 5,— M.; W. R. in B. 15,— M.; E. B. in B. 4,65 M.; W. K. in B. 10,— M.; E. S. in B. 2,— M.; A. B. in B. 10,— M.; L. M. in B. 3,— M.; H. S. in B. 6,— M.; F. S. in B. 3,— M.; B. W. in B. 2,— M.; L. B. in H. 300 M.; G. J. in A. 3,— M.; E. B. in J. 20,— M.

Wir danken den Spendern herzlich und bitten um weitere Werbung für den Pressfonds. Zahlungen erbitten wir auf das Postscheckkonto der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin, Nr. 804 60. Der Verlag des „Funkens“.

Eine „namenlose Schande“.

Hindenburg-Aufruf der SPD.

„Vier Kandidaten stehen am 13. März zur Wahl: HITLER, DUESTERBERG, HINDENBURG, THÄLMANN. Von diesen Bewerbungen sind nur zwei ernst: HITLER und HINDENBURG. Das deutsche Volk steht am 13. März, vor der Frage, ob HINDENBURG bleiben oder ob er durch HITLER ersetzt werden soll...“

HITLER statt HINDENBURG, das bedeutet: Chaos und Panik...“

Gegen HITLER! Das ist die Losung des 13. März. Es gibt kein Ausweichen!...“

HITLER oder HINDENBURG? Es gibt kein Drittes! Partei-genossen! Für euch, die ihr politisch geschult seid, ergibt sich die Antwort auf diese Frage von selbst...“

Jede Stimme, die gegen HINDENBURG abgegeben wird, ist eine Stimme für HITLER. Jede Stimme, die THÄLMANN entrissen und HINDENBURG zugeführt wird, ist ein Schlag gegen HITLER!...“

Die Sozialdemokratie hat stets bei allen inneren Kämpfen des Bürgertums für den fortgeschrittenen oder gemäßigten Teil Partei genommen und ihren Angriff gegen die Reaktion gerichtet...“

Sieg des Faschismus ist namenlose Schande...“

Schlagt HITLER! Darum wählt HINDENBURG!“ —

Dieser Aufruf ist namenlose Schande!

„Vier Kandidaten stehen zur Wahl.“ Die größte Partei der deutschen Arbeiterschaft verschweigt, daß sie heute noch die Möglichkeit hat: 1. sich um eine Einheitsfront mit der KP für den ersten Wahlgang zu bemühen; 2. wenn das an dem Widerstand der KP scheitert, für den ersten Wahlgang einen als gemeinsamen Arbeiterkandidaten geeigneten Mann aufzustellen, um so die Einigung für den zweiten Wahlgang vorzubereiten.

Die Behauptung: „es gibt kein Drittes“, ist also nicht wahr, und die Frage, „ob HINDENBURG bleibt oder ob er durch HITLER ersetzt werden soll“, „besteht“ in Wahrheit nicht; sie wird nur von vornherein den „politisch geschulten Parteigenossen“ suggeriert, damit sich für diese nachher die Antwort „von selbst“ ergibt.“ Die Frage, die in Wahrheit zur Entscheidung steht, ist unter anderem: soll angesichts der tödlichen Gefahr, die die internationale Arbeiterschaft in einen neuen Weltkrieg zu reißen droht, der Präsidentenposten mit einem Antimilitaristen — also nicht HINDENBURG und nicht HITLER besetzt werden? Hier „gibt es kein Ausweichen“.

Die Frage: entweder HITLER oder nicht? bestünde, wenn HITLER Chancen hätte, im ersten Wahlgang, also mit der Mehrheit aller Stimmen, gewählt zu werden. Diese Chance für HITLER besteht nicht.

Zu einer Vorbereitung des zweiten Wahlgangs geschieht aber von seiten der SP nichts. Aber es geschieht eine ungeheure Erschwerung des Zusammengehens im zweiten Wahlgang durch die unwahre Behauptung: „jede Stimme, die THÄLMANN entrissen wird, ist ein Schlag gegen HITLER“.

Das Ganze ist der Verzicht auf eine selbständige Politik der Arbeiterklasse, ein ausgesprochenes Parteinehmen „für den fortgeschrittenen oder gemäßigten Teil „des Bürgertums“. Der entscheidende Funktionärkörper der SPD spricht hier aus, zu welcher Klasse er gehört.

Alle, denen die Einheitsfront der Arbeiter am Herzen liegt, müssen jetzt mit verdoppelter Anstrengung die kurze Zeit bis zum 10. April ausnützen — von heute an, nicht erst nach dem 13. März.

Holländische Kammer lehnt Waffenausfuhrverbot ab.

g Amsterdam, 27. Februar.

In der 2. holländischen Kammer wurde am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag auf baldige Zurückrufung des nach Schanghai entsandten Kriegsschiffes abgelehnt. Der Ablehnung verfiel ferner ein Antrag, in dem Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Waffen und Munition verlangt werden, die unmittelbar oder mittelbar für die kriegführenden Länder im Fernen Osten bestimmt sind. Der Ministerpräsident erklärte, daß Holland sich an die — noch nicht allgemein anerkannte — Waffenkonvention halte, die kein Verbot der Waffenausfuhr vorsehe.

Wer keine Wahl hat, hat die Qual.

Von F. C. Weiskopf.

(Copyright by Malik-Verlag A.-G., Berlin.)

Wir entnehmen die folgende kleine Geschichte dem Novellenband gleichen Namens. Die Redaktion.

Wie groß solch ein Zimmer mit einmal werden konnte! Ein Zimmer, das doch früher immer viel zu eng und klein gewesen war!

Votja Pulkrábek hätte es nie für möglich gehalten, daß mit einem Zimmer so etwas vorgehen könne: plötzlich fängt es zu wachsen an, unter der Hand sozusagen, und wird groß wie... na eben, viel zu groß für ihn und die Frau!

Freilich, früher sind die vielen Möbelstücke dagewesen, die bauchige gelbe Kommode mit den verfluchten Verzierungen, die immerzu abbrechen und wieder angeleimt werden müssen; der Kleiderschrank mit den roten und blauen Blumen auf der oberen Leiste; die beiden alten Elchentrühen; das Kanapee und die „besseren“ Stühle... und jetzt stehen nur noch die drei wackligen „gewöhnlichen“ Sessel da, der Tisch und das eine der beiden Betten. Alles andere ist verkauft. Auch die Sonntagskleider aus dem Schrank und die Wäsche aus der Kommode.

Na ja, das leert schon ein Zimmer: eine kranke Frau und die sechste Woche ohne Arbeit!

Die sechste schon? Nicht möglich!

Und er beginnt nachzurechnen: „Das war...? Wann war das nur?! — Ach ja, Sonnabend nach den ‚Vierzig Märtyrern‘ war das! Ja, ja!“

Volle achtunddreißig Tage liegt das jetzt schon zurück, aber er erinnert sich jenes Sonnabends noch ganz genau.

„Als ob's heute wär!“

Am Montag nach den „Vierzig Märtyrern“ ist es im Sägewerk losgegangen, unten am Ende des Dorfes, wo die Landstraße über den Fluß setzt. Und am Sonnabend darauf haben sie auch in der Ziegelei, oben am Waldsaum bei den Lehmbrüchen, zum letztenmal gearbeitet.

Die Sägearbeiter fingen damals den Streik an, weil der Direktor ihnen an die Löhne wollte. Der Direktor war ein Deutscher, sprach das Tschechische holprig und sichtlich mit Widerwillen. „Sie dort!“ pflogte er die Arbeiter zu rufen, oder „Mann!“ — weil er sich nicht die Mühe nahm, die fremden Namen zu behalten. War's da ein Wunder, wenn er eines schönen Tages kurzerhand anschlagen ließ:

Ab Montag, den 22. d. M. gelten die bisherigen Lohnsätze mit einem zehnprozentigen Abschlag. Die Betriebsleitung.

Auf dem Werk gab es kaum einen, der den Direktor nicht haßte. Sogar die Bauern im Dorf waren ihm nicht grün:

„Die Säge ist schon was Gutes, aber es sitzt nicht unser Mann dort! Der Kerl kann ja den Dünger nicht riechen! Ist zu „fein“ für's Dorf!“

Die Abordnung, die mit ihm über die Lohnsache verhandeln wollte, warf er einfach zur Türe hinaus:

Eine Abordnung seien sie? Ach! — Von wem denn?! — Von der Organisation? — Ob sie vielleicht nicht wüßten, daß er keine Organisation, anerkenne?! Hm?! Organisation! Das wäre noch schöner, daß jemand sich in seine Befugnisse und Rechte einmische! — Oho! — Im Werk geschehe das, was er für gut und richtig halte. Das und nur das, verstanden?! — Er duldete keine Auflehnung gegen seine Verfügungen! Wo er Direktor sei, gebe es keine Rebellionen und Verschwörungen! — Wer sich seinen Anordnungen nicht bedingungslos fügen wolle... bitte!... es gebe Arbeitslose genug, die mit Vergnügen für einen noch viel geringeren Lohn arbeiten würden. — Die Löhne habe man gekürzt, weil sie im Verhältnis zur Leistung zu hoch gewesen seien. Wollten sie mehr verdienen, müßten sie eben mehr leisten. Punktum! Darüber gebe es kein Verhandeln, und sie könnten sich also alle Mühe sparen. — Im übrigen habe er keine Zeit. Guten Tag!

Als sie das erfuhren, stellten sie die Maschinen ab und liefen vor das Werk hinaus. Nur die zwei Meister blieben drinnen.

„Punktum! — Oho!“

Als der Haufe bei dem kleinen, weißen Direktorhäuschen anlangte, fand er das Gartentor versperrt vor. Statt der Haustüre und der Fenster gab es graue, eiserne Rolläden.

„Was heißt das?!“

„Sind wir vielleicht Diebe?!“

Eine zweite Abordnung wurde nicht einmal vorgelassen.

Sie standen noch eine Weile vor dem verbarrikadierten Haus beisammen und schrien durcheinander. Natürlich wurde auch hinübergedroht zu den eisernen Rolläden. Auch ein Stein knallte gegen das Eisen, — aber das Ganze dauerte nicht lange, zehn Minuten oder eine Viertelstunde.

Dann zogen sie ab und zerstreuten sich, weil es mittlerweile spät geworden war. Die Maschinen nochmals anzulassen lohnte nicht mehr.

Am nächsten Morgen stauten sie sich vor dem verschlossenen Werktor.

Ueber der Klinke ein Zettel:

Mit gestrigen Tage ist die gesamte Arbeiterschaft gekündigt. Die Arbeitsbücher sind in der Betriebskanzlei abzuholen, wo auch die Lohnreste ausgezahlt werden.

Wer arbeiten will, hat sich bei den Meistern zu melden, doch macht die Betriebsleitung ausdrücklich darauf aufmerksam, daß alle alten Verträge mit heutigen Tage ungültig sind und daß mit jedem Arbeitssuchenden gesondert verhandelt wird. Außerdem hat jeder Arbeitssuchende nachzuweisen, daß er nicht zu den Rädelführern des gestrigen Exzesses gehört.

Die Betriebsleitung.

Keiner wußte, was das bedeutet: „Exzell“, aber alle begriffen, daß man einigen an den Kragen und allen an Lohn und Rechte wollte.

Sie blieben draußen.

Kein einziger meldete sich bei den Meistern.

Streik!

(Fortsetzung folgt.)

Agrarkrise in Argentinien.

Von unserem Mitarbeiter in Argentinien.

B. D. Buenos Aires, Ende Januar 1932.

Argentinien war einmal das Land des Ueberflusses — damals in den Jahren bis 1929. Aber seitdem ist auch hier eine Wendung eingetreten. Nach einer Uebergangszeit, während der man hier wie überall noch nicht an die Krise glaubte, sondern hoffte, durch Rationalisierung die frühere Rentabilität wiederherstellen zu können, brachte das Jahr 1931 den offenen Ausbruch der Krise. In diesem Jahre fielen die Getreidepreise bis auf 50 Prozent ihres früheren Standes. In Buenos Aires sank der Preis für 100 Kilo Weizen von 11 auf 5 Pesos. Damit brach die Not über die Landwirtschaft herein. Die Hoffnungen, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln würde, stellten sich als trügerisch heraus. Zwar trat kurz vor der neuen Ernte eine Besserung ein, aber sie dauerte nur wenige Wochen. Heute sind die Preise auf den Durchschnitt von 1931 zurückgesunken.

Kosten und Preise.

Was das für die hiesige Landwirtschaft bedeutet, zeigen die folgenden Zahlen: Die Erzeugungskosten für Weizen betragen im Jahre 1931 bei einem Durchschnittsertrag von 8,5 Doppelzentner pro Hektar rund 7,60 Pesos für einen Doppelzentner, und für Mais 5,10 Pesos für einen Doppelzentner. (Ein Peso ist zur Zeit etwa gleich 1,03 Mark.) Die Verkaufspreise betragen aber gegenwärtig nur 5,80 Pesos für Weizen und 4,20 Pesos für Mais. Die Erzeuger, die ihre Frucht zu diesen Preisen verkaufen — und es sind die meisten, die jetzt verkaufen müssen, weil sie nicht warten können — verlieren also an jedem Doppelzentner Weizen 1,80 Pesos und an jedem Doppelzentner Mais 0,90 Pesos. Und dabei hatte man in diesem Jahre schon vielfach die Lehren aus den Erfahrungen der Vorjahre gezogen. Man hatte mit größter Vorsicht und Wirtschaftlichkeit gesät und gearbeitet und war sicher, bei einem Preis von 7 Pesos für den Weizen gut auszukommen. Aber nun ist der Weizen nur 5,80 Pesos wert, und man verliert doch wieder Geld.

Man wird fragen, wie der Landwirt das aushalten kann. Nun, die obigen Erzeugungskosten sind natürlich Durchschnitt. Viele Erzeuger also, die nahe am Verschiffungshafen wohnen oder auch sonst unter günstigen Bedingungen arbeiten (auf eigenem Land oder zu niedriger Pacht) kommen vielleicht auch heute noch eben auf ihre Rechnung. Aber wer zu Durchschnittsbedingungen arbeitet, und erst recht, wer noch ungünstiger liegt, hält es eben nicht aus. 1931 sind schon sehr viele Landwirte zusammengebrochen; in diesem Jahre geht das weiter. Man hört von Zahlungseinstellungen, von Versteigerungen u. s. w. Zuzuschließen haben die Landwirte hier meist nichts; denn in guten Jahren gabon sie das Geld so flott aus, wie sie es verdienten. Man schaffte teure Maschinen an, die heute verrostet und unbrauchbar sind, weil man sie nicht entsprechend pflegte, kaufte luxuriöse Autos, die jetzt mit zerrissenen Reifen, für die man keinen Ersatz mehr kaufen kann, hinter dem Hause stehen. Die meisten dieser Landwirte sind Pächter; manchen gehört zwar das Land, aber es ist hoch mit Hypotheken belastet. Wenn sie nun heute die Pacht oder die Hypothekenzinsen nicht mehr aufzubringen vermögen, werden sie rücksichtslos vertrieben.

Wie helfen?

In einem europäischen Land, das Getreide einführen muß, um seine Bevölkerung zu ernähren, würde man einem solchen Notstand der Landwirtschaft auf die bekannte rasche und einfache (wenn auch natürlich ebenso falsche) Art und Weise abhelfen: Man würde die Zölle erhöhen, dann stiegen die Inlandspreise, und die Landwirtschaft wäre nochmals für eine Weile gerettet. Das geht hier in Argentinien jedoch nicht; denn dieses Land muß Getreide exportieren, ist also darauf angewiesen, auszuführen, was das Ausland abzunehmen bereit ist, und dafür zu nehmen, was es dafür zahlen will. Und das ist immer weniger, nicht zuletzt eben wegen der Zölle. Drüben verschließt man dem argentinischen Weizen gewaltsam die Türen. Die europäischen Staaten zwingen lieber ihre Bevölkerung, Mischbrot zu essen und dafür hohe Preise zu zahlen, als den billigen und guten argentinischen Weizen hereinzulassen. Zugleich beklagt man sich indes in Europa darüber, daß der Export nach Argentinien zurückgeht, obwohl dieses Land doch nur mit seinen Produkten oder den Erlösen für seine Produkte bezahlen kann.

Hier in Argentinien hilft dem Landwirt kein Mensch. In guten Jahren lag ja auch kein Anlaß für die Regierung vor, sich um die Rentabilität der Landwirtschaft zu kümmern; denn es war bekannt, daß die Landwirte sehr gut verdienten. Tatsächlich floß das Geld in Strömen. Das hat nun aufgehört. Und gleich ist auch das Elend da. Landwirtschaftliche Organisationen sind erst im Werden begriffen und verfügen über wenig Einfluß, ganz abgesehen davon, daß auch sie natürlich das Ausland nicht zwingen könnten, höhere Preise zu bezahlen. Wie Bestrebungen zur Stützung der Marktpreise endigen, hat man außerdem in Nordamerika, Kanada und Brasilien zur Genüge gesehen. Ueberhaupt bedeuten derartige Versuche nur, daß man das Pferd am Schwanz anzäumt; denn es handelt sich nicht darum, die Marktpreise zu stützen, sondern die Gestehungskosten zu senken. Wie dies geschehen kann, dafür liefert Argentinien ebenfalls sehr klare und deutliche Beispiele.

Der Pachtwucher.

Wie wir vorhin sahen, beträgt der Kostenpreis für einen Doppelzentner Weizen in Argentinien zur Zeit

7,60 Pesos. In diesem Preis sind für Landpacht etwa 2 Pesos enthalten. Dies ist ein sehr niedriger Satz. In vielen Fällen dürfte die Pacht viel mehr, wenn nicht das Doppelte ausmachen. Es ist bekannt, daß die Pachten hier zum Teil grotesk übersteigert sind, — eine Folge der langen Reihe guter Jahre, in denen sich immer Abenteurer fanden, die in der Hoffnung auf ihr gutes Glück und weil sie nichts zu verlieren hatten, auch die unverschämteste Pachtforderung annahmen. Brauchte der Landwirt diese Pacht nicht zu zahlen, so lägen seine Produktionskosten auch heute noch eine Kleinigkeit unter dem Erlös. Wenn er auch nicht viel verdiente, so lohnte es sich doch für ihn, weiter zu arbeiten und zu versuchen, im nächsten Jahre durch noch bessere Wirtschaft den Ertrag zu erhöhen. Damit wäre die argentinische Landwirtschaft, und überhaupt die argentinische Wirtschaft, gesund gemacht.

Heute stellt die Landpacht jedoch für den Landwirt eine schwere Vorbelastung dar, die er abdecken muß, bevor er überhaupt daran denken kann, seine eigentlichen Erzeugungskosten oder gar einen Verdienst herauszuwirtschaften. Denn wenn er keine Pacht (oder, was im Prinzip dasselbe ist, keine Hypothekenzinsen) zahlen kann, so muß er vom Land herunter und vermehrt die Zahl der Arbeitslosen, die es sogar in diesem Lande schon in reichlicher Menge gibt.

Die Bodensperre.

Der Wahnsinn der Arbeitslosigkeit kann wirklich nirgends krasser sein als in diesem Lande, wo riesige Ländereien noch völlig ungenutzt da liegen und in der Lage wären, Hunderttausende, nein, Millionen von Menschen zu ernähren. Aber diese Ländereien gehören Großgrundeigentümern, von denen einzelne Gebiete besitzen, die einer deutschen Provinz an Ausdehnung gleichkommen. Und diese Eigentümer sind nicht bereit, jemandem die Benutzung des Landes zu gestatten, wenn er ihnen nicht die geforderte Pacht bezahlen kann. Also: es ist ungenutztes Land da, und es sind hungernde Menschen da, die diesem Lande gern unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte einen Lebensunterhalt abringen möchten,

aber sie dürfen nicht, weil andere Menschen, die von Not sehr weit entfernt sind, sich ein Recht auf dieses Land gesichert haben, ohne es auszunutzen. Mit anderen Worten: Das Bodenmonopol treibt hier in Argentinien seine tollsten Blüten.

Dabei gibt es viele Leute, die das ganz genau wissen und die davon reden und schreiben. Es gibt sogar eine Partei, welche die Lehren des amerikanischen Bodenreformers HENRY GEORGE vertritt. Aber wenn man sich auch zum Teil darüber einig ist, welches die Schäden sind, unter denen die argentinische Wirtschaft leidet, so ist man sich doch über die Wege, die zu ihrer Behebung eingeschlagen werden müßten, keineswegs im klaren. Vor allem fehlt die Macht, die nötigen Reformen durchzuführen. Und die vage Hoffnung, daß „das Volk“ einmal so weit kommen werde, zu begreifen, um was es sich handelt und was getan werden müsse, ist natürlich trügerisch. Solange nicht einzelne verantwortungsbewußte Persönlichkeiten die Initiative ergreifen und die Massen führen, werden sich diese nicht rühren, und es wird alles beim alten bleiben.

Das Wesentlichste aus der Gegenwartsnot Argentiniens kann man also wie folgt zusammenfassen:

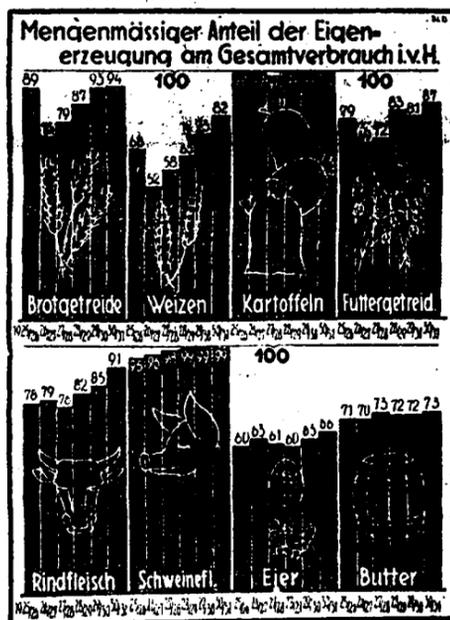
Hier ist ein riesiges, fruchtbares Land, das billiges und gutes Getreide liefern kann. Zwar erschwert das Ausland den Absatz durch Zölle, aber erstens könnte man in Argentinien noch erheblich billiger produzieren, wenn die Erzeugung nicht durch die Grundrente so stark vorbelastet wäre, und zweitens könnten zum mindesten auf den riesigen Gebieten, die heute durch die Besitzer gewaltsam der Benutzung vorenthalten werden, viele Millionen von Menschen ein unabhängiges Dasein durch eigne Arbeit erlangen.

Leider findet die Bewegung gegen das Bodenmonopol, obwohl vorhanden, nicht genug Anhänger, um ihre Bestrebungen zur Geltung zu bringen; diese sind sich aber außerdem untereinander nicht ganz einig.

Die Folgen dieser Zustände tragen wie üblich die Massen:

Es herrscht Arbeitslosigkeit in einem Lande, wo noch für viele Millionen auf Generationen hinaus Arbeit in Hülle und Fülle wäre, und Menschen hungern, bildlich gesprochen, in einer der Speisekammern der Welt.

Schieles Erfolg.



Unsere Darstellung zeigt, daß der deutsche Getreidebedarf in steigendem Maße durch deutsche Produktion gedeckt wird. Die Konsumenten wissen: um welchen Preis! Getreide kostet in Deutschland zwei bis drei Mal so viel wie auf dem Weltmarkt.

Trotz viel schöner Reden ist es dagegen nicht gelungen, den Verbrauch an bäuerlichen Produkten ähnlich in steigendem Ausmaß durch die Produktion deutscher Bauern zu decken. In Deutschland werden nur knapp zwei Drittel des inländischen Eierkonsums und drei Viertel des inländischen Butterkonsums produziert. Auf die Frage, was denn Bauern produzieren könnten, die man auf heutigem Großgrundbesitzerland als Siedler ansetzen würde, geben die Einfuhrziffern eine eindeutige Antwort.

Einfuhr bäuerlicher Produkte nach Deutschland in Millionen Mark.

Produkt	1930	1931
Gemüse	115	88
Obst	203	163
Fleisch	133	69
Butter	377	220
Käse	89	63
Eier	288	182
Gesamt	1145	785

Wenn die Kaufkraft der Industriebevölkerung nicht mehr durch kapitalistische Wirtschaftspolitik künstlich niedrig gehalten wird, so könnte übrigens diese Einfuhr sogar vergrößert werden und deutsche Bauern- und Gärtnersiedler könnten mindestens die gleiche Menge außerdem verkaufen. Denn es kann ja gar keine Rede davon sein, daß die deutsche Arbeiterschaft heute so viel Gemüse und Obst, Butter und Käse isst, als sie vertragen könnte!

Der Koloradokäfer — ein nützliches Tier.

Seit Wochen liest man in der deutschen Presse von der Gefährlichkeit des Koloradokäfers. Dieser Käfer hat seine Heimat in den Tälern des Kolorado-Flusses in den Vereinigten Staaten; er zerfrisst das Laub von Kartoffelpflanzen und zerstört diese dadurch. Um Einwanderungsverbote kümmert er sich nicht und hat die Gelegenheit der vielen Transporte während des Weltkrieges benutzt, nach Frankreich einzuwandern. Militaristisch, wie die deutsche Presse heute ist, verbreitet sie folgende Kriegsberichte: Der Koloradokäfer hat 1931 neuerdings 12 Departements, insgesamt etwa ein Drittel Frankreichs besetzt. Der Koloradokäfer ist bis an den Fuß der Ardennen vorgedrungen. — Die Zoologen versichern: Ein Käferweibchen setzt im Laufe eines Jahres unter günstigen Bedingungen bis zu 3 Millionen Nachkommen in die Welt. — Finanzleute berechnen: Wenn der Kartoffelkäfer einmal im Lande ist, so kostet seine Bekämpfung pro Hektar 200—300 Mark.

Hier haben die Interessenten ein und malen aus, wie schlimm es für die Verbraucher landwirtschaftlicher Produkte sein werde, wenn diese Summen im Preis einkalkuliert werden müßten. Es sei also sonnenklar, die deutschen Verbraucher hätten alles Interesse daran, daß der Käfer nicht nach Deutschland hereinkomme. Da er sich aber nun einmal nicht an den Zollgrenzen besonders vorstelle, sondern in Kartoffeln, Tomaten, Zwiebeln, Erdbeeren und ähnlichen Früchten verborgen halte, sei ein Verbot der Einfuhr solcher Produkte aus Frankreich im Interesse der deutschen Verbraucher dringend geboten.

Das Verbot ist tatsächlich erlassen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die in landwirtschaftlichen Zeitungen gegebene Begründung richtig ist. Bedenklich machen uns allerdings die Erfahrungen mit der Anwendung des Viehsuchen-Gesetzes; dieses Gesetz ist vielfach dazu ausgenutzt worden, Einfuhrverbote aus wirtschaftlichen Gründen zu verhängen, die wegen Seuchengefahr keineswegs erforderlich gewesen wären. Stutzig macht uns ferner, daß zum Beispiel die HUGENBERGSche „Landwirtschaftliche Wochenschau“ am 25. Februar ausdrücklich versichert, „daß wir ausschließlich eine Pflanzenschutzmaßnahme vor uns haben, die in keinem Zusammenhang mit der Handelspolitik gebracht werden darf“.

Wenige Zeilen später fährt sie fort: „Diese Pflanzenschutzmaßnahme hat allerdings auch wichtige wirtschaftliche Auswirkungen. So wird die Einfuhrsperre eine wirksame Entlastung der Obst- und Gemüsemärkte, besonders in Westdeutschland, zur Folge haben. Gerade dort konnten bisher die französischen Obst- und Gemüseerzeugnisse bei dem kurzen Transportweg und den günstigen Produktionsbedingungen zu niedrigsten Schleuderpreisen angeboten werden. Die französische Ware hat infolgedessen die Preisgestaltung unserer Gartenbauerzeugnisse noch verhängnisvoller beeinflusst als die Einfuhr aus Italien und Holland. Die Sperre gegen Frankreich trifft von der bisherigen Gesamteinfuhr nach Deutschland z. B. bei Spargel 25 Prozent, bei Wirsingkohl 15, Erdbeeren 23, Champignons 45, Obstbäumen 20 und Blumen, vor allem Nelken, Rosen und Veilchen, annähernd 20 Prozent.“

Kurzum: Der Koloradokäfer ist ein für deutsche Gärtner recht nützliches Tier. Während Herr SCHIELE sich sonst einseitig der Hilfe für die Großgrundeigentümer widmet, hat dieser Käfer — oder etwa nur die Gerüchte über ihn? — den deutschen Gärtnern eine gewisse Erleichterung ihrer Lage gebracht. Sie geht natürlich vor allem zu Lasten französischer Gärtner. Außerdem dürfen die deutschen Gärtner nicht vergessen:

Hilfe auf die Dauer bringt Gärtnern wie Bauern weder Herr SCHIELE noch der Koloradokäfer, sondern nur eine Wirtschaftspolitik, die das Industrieproletariat in die Lage versetzt, Garten- und Bauernprodukte zu solchen Preisen zu kaufen, daß die Selbstkosten gedeckt werden.

H. H.